66. Jahrgang. № 552. Donnerstag, 24. November 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %, Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen
27 Kamenzer Straße Straßenbahnl. 5
J. A. BRUNO KÖNIG
Kamenzer Straße 27 Telephon 22667

Kaffee Kasino
Täglich
Großes Künstler-Konzert

Verleih-Magazin für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.
Andreas Wold. Gottschalch
Tel. 21486 — Prager Straße 19 — Tel. 12832
Verkauf von Korb-, Klub- u. Gartenmöbeln — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

Beginn der deutsch-polnischen Konferenz.

Das Ergebnis des ersten Sitzungstages.

Genf, 23. Nov. Heute vormittag wurde im Völkerbundspalast die deutsch-polnische Konferenz durch eine Begrüßungsansprache des Generalsekretärs des Völkerbundes, Eric Drummond, und durch eine längere Eröffnungsrede des Präsidenten Felix Calonder, eröffnet, auf die Reichsminister a. D. Schiffer und der polnische Bevollmächtigte Olszowski antworteten. Eine zweite Sitzung fand am Nachmittag statt, in der der Arbeitsplan besprochen wurde. Es wurde beschlossen, die Materie auf 11 bis 12 Unterausschüsse zu verteilen, die voraussichtlich in Danzig tagen. Ein dritte, voraussichtlich die letzte Genfer Sitzung der beiden Abordnungen, findet morgen nachmittag statt. Am Schluß der zweiten Sitzung gab die Konferenz folgende amtliche Mitteilung heraus:

Der von den alliierten und assoziierten Hauptmächten angenommene Beschluß des Völkerbundsrates über Oberschlesien sieht ein Abkommen zwischen Polen und Deutschen zur Regelung des Uebergangsregimes in Oberschlesien und des Minderheitenschutzes vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz fand heute im Völkerbundssekretariat unter Vorsitz des Herrn Calonder statt. Deutschland war vertreten durch Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär a. D. Lewald und dem Grafen Schulenburg vom Auswärtigen Amte, Polen durch den bevollmächtigten Gesandten Kasimir Olszowski, den Legationsrat Perlowski und den Sekretär im Ministerium des Aeußeren Kramarczyk. Nach einigen Begrüßungsworten des Generalsekretärs eröffnete Calonder die Sitzung, in dem er ihre Aufgaben charakterisierte. Beide Vertretungen legten Wert darauf, festzustellen, daß sie mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt an einer befriedigenden (?) Lösung der durch die Teilung Oberschlesiens aufgerollten Frage interessiert seien. Ueber das einzuschlagende Verfahren fand eine Vorbesprechung statt. Ein von Olszowski vorgelegter und unterbreiteter Vorschlag wurde als Verhandlungsbasis anerkannt. Die Konferenz unterrichte nunmehr die Frage der Arbeitsverteilung auf verschiedene Unterkommissionen und die Frage, an welchem Ort die Unterkommissionssitzungen stattfinden sollen. Die Aussprache über diesen Punkt wurde auf morgen vertagt. (W. T. B.)

Nichtanerkennung der Washingtoner Beschlüsse durch Polen.

Warschau, 23. Nov. Die polnische Regierung hat das Präsidium der Washingtoner Konferenz benachrichtigt, daß sie keinerlei Beschlüsse über Abrüstung anerkennen würde, wenn nicht Polen vorher die Möglichkeit gegeben werde, an der Aussprache hierüber teilzunehmen. (Da.)

Die Polenfreundschaft der Tschechoslowakei.

Benesch stützt die Vernichtungspolitik gegen Deutschland.

Prag, 23. Nov. Im Abgeordnetenhause wurde heute von allen deutsch-bürgerlichen Parteien eine dringliche Interpellation bezüglich Oberschlesiens überreicht. Es heißt darin: Bei seiner jüngsten Anwesenheit in Prag hat der polnische Außenminister Skirmunt Ministerpräsident Benesch öffentlich den Dank für seine Haltung in der oberschlesischen Frage abgestattet und hervorgehoben, daß die Teilung Oberschlesiens hauptsächlich der Einflußnahme des Ministerpräsidenten Benesch zugeschrieben werden könne. Der Ministerpräsident hat damit neuerlich die Gefühle der 3½ Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei auf das allerschwerste verletzt und bewiesen, daß für ihn weder moralische Bedenken, noch politische Grundsätze in Betracht kommen, wenn es gilt, die Haß- und Vernichtungspolitik gegen das Deutsche Reich zu unterstützen. Bei dieser Haltung des Ministerpräsidenten erscheint die schwere Beunruhigung der Bevölkerung berechtigt, die auf die Gerüchte zurückzuführen ist, daß zwischen Polen, der Tschecho-Slowakei und Frankreich Abmachungen über die Besetzung weiterer Teile Oberschlesiens getroffen wurden. Die Befürchtungen, daß solche Abmachungen vorliegen, wurden von sehr ernsten Zeitungen und maßgebenden Persönlichkeiten ausgesprochen. Es wird gefragt, ob der Ministerpräsident bereit sei, endlich das Desinteressement der tschecho-slowakischen Regierung an Oberschlesien zu erklären, nachdem durch die Entscheidung des Obersten Rates die im Friedensvertrage enthaltenen Voraussetzungen für den Anfall des Teschener Gebietes weggefallen sind.

Die Mitarbeiter des Vorsitzenden für die Genfer Verhandlungen.

Prag, 23. Nov. Die „Prager Presse" meldet: Der ehemalige Schweizer Bundesrat Calonder, der mit der Leitung der deutsch-polnischen Wirtschaftsberatung über Oberschlesien betraut worden ist, habe zur Mitarbeit den tschecho-slowakischen Fachmann Dr. Hodac und den Schweizer Dr. Herold aufgefordert.

Der tschechische Sachverständige Dr. Hodac hat bereits bei den Verhandlungen, die zu dem unerhörten Genfer Vergewaltigungsspruch über Oberschlesien geführt haben, eine recht bedenkliche Rolle gespielt. Wenn es auch von tschechischer Seite abgestritten wurde, so ist doch der Verdacht, daß hauptsächlich auf ihn und das tschechische Hilfsversprechen an Polen die Zuteilung des größten Teils des oberschlesischen Industriegebiets an Polen zurückzuführen ist, nicht von der Hand zu weisen. Zum mindesten muß man Dr. Hodacs Gutachten dafür verantwortlich machen, daß der Völkerbundsrat eine Teilung des Industriegebiets überhaupt für möglich halten konnte. Die neuerliche Berufung dieses Sachverständigen zur Mitarbeit für den Vorsitzenden Calonder, der in allen Fällen, in denen es zwischen Polen und Deutschland zu keiner Einigung kommt, einen endgültigen Schiedsspruch zu fällen hat, berechtigt darum auf deutscher Seite zu den schlimmsten Befürchtungen für die Unparteilichkeit derartiger Urteilssprüche.

Der Oberpräsident von Oberschlesien.

Berlin, 23. Nov. Der preußische Innenminister Severing hat entschieden, daß der dem Zentrum angehörige Landtagsabgeordnete Geheimrat Bitta auch weiterhin Oberpräsident von Oberschlesien bleibe und die Ueberleitung des bei Deutschland verbleibenden Teiles in den deutschen Reichs- und preußischen Staatsverband vornehmen soll. Der ursprünglich für diesen Zweck in Aussicht genommene Landrat Grauweiler kommt hierfür nicht mehr in Frage, ist aber dem Oberpräsidenten Bitta als kommissarischer Regierungspräsident beigegeben worden.

„Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten."

Mit diesem wunderbaren Goethe-Wort, das wie kein anderes dazu dienen könnte, das deutsche Volk aus seiner fatalistischen Abgestumpftheit gegen die furchtbare nationale und noch weit fühlbarere wirtschaftliche Not, die uns überall entgegengrinst, aufzurütteln, schloß der sächsische Finanzminister Heldt seine große Landtagsrede, mit der er die Etatsdebatte einleitete. Man sollte meinen, er hätte dieses Dichterwort als prägnantesten Ausdruck der Notwendigkeit einer geschlossenen, kraftvollen Abwehr der unsinnigen Erpressung „unmöglicher Leistungen unserer kranken Volkswirtschaft" einem flammenden Appell gegen alle Versklavungsbestrebungen als Schlußstein aufgesetzt. Aber weit gefehlt. Herr Heldt will erfüllen, genau so wie Herr Wirth, will die Erhaltung des deutschen Volkes allen feindlichen Gewalten gegenüber dadurch erreichen, daß er die schwachen Kräfte des ausgepowerten Volkes der Erfüllungspolitik des Reiches dienstbar macht, bis die zertretene und an das Ausland verpfändete deutsche Volkswirtschaft auch die letzte schwache Fähigkeit zu selbständigem Leben verloren hat. Goethes Wort kraftstrotzenden Selbstbewußtseins, sich unter keine Gewalt beugenden Freiheitssinnes als Ausdruck einer schwächlichen Hoffnung, durch immer tieferes Beugen vor jeder Ententewillkür, durch selbstgewollte fortschreitende Verknechtung schließlich von dem haßerfüllten Sieger eine Erleichterung zu erhalten! Wie weit ist Herr Heldt von Goetheschem Geiste entfernt! Aber lediglich zur rhetorischen Ausschmückung einer dürftigen Etatsrede ist das Goethe-Wort zu schade. Irgendeine Phrase hätte denselben Zweck erfüllt, und die Rede hätte von ihrer ohnehin recht matten Wirkung nicht das geringste verloren; denn von keinem Finanzminister irgendeines deutschen Landes erwartet man heute Offenbarungen. Durch den Unitarismus der Weimarer Verfassung und durch die Steuerreformen eines Erzberger sind die Länder zu Kostgängern des Reiches geworden und haben nur noch einen verhältnismäßig geringen Einfluß auf die Landesfinanzen. Gehört es heute bei den ungeheuren Schwankungen der deutschen Valuta mit ihrer katastrophalen Entwertung der Mark sowieso schon praktisch zu einer Unmöglichkeit, einen einigermaßen zuverlässigen Etat aufzustellen, so wird diese Schwierigkeit für die Länder noch unendlich dadurch erhöht, daß das Versagen des Reichssteuerapparates mit seiner Unfähigkeit, die Reichssteuern auch tatsächlich einzuziehen, den Ländern jeden Anhaltspunkt über die ihnen zustehenden Anteile an den Reichssteuern nimmt. Auf völlig unbestimmte Vorschüsse des Reiches an die Länder läßt sich kein Haushalt basieren. Eigene Steuern zu finden aber ist bei der völligen Ausschöpfung aller vorhandenen Steuerquellen durch das Reich ein Kunststück, das, wenn es gelingt, wie die Gewerbesteuer, die schwersten wirtschaftlichen Schäden für das Land im Gefolge hat. Reichs-, Landes- und kommunale Finanzen sind heute, darauf hat Herr Heldt mit Recht einleitend hingewiesen, so eng miteinander verflochten, daß in keinem Lande, in keiner Stadt ein gesundes Finanzwesen eintreten kann, ehe nicht die Mißwirtschaft im Reiche ein Ende findet. Hierauf jedoch hinzuwirken, ist eine Hauptaufgabe der Länder, von der in der sächsischen Etatsrede nicht gesprochen wird. Die sächsische Regierung hat vielmehr durch ihre Anweisung an den sächsischen Vertreter in Berlin, gegen die Kreditaktion der Industrie zu wirken, die einzige Möglichkeit verrammelt, wie überhaupt das deutsche Finanzproblem zwar nicht gelöst, die inneren Finanzen aber doch auf eine gesunde Basis gestellt werden können.

Die Kredithilfe der Industrie und die damit zusammenhängenden Fragen sind heute, darüber haben weder der Reichskanzler in seiner letzten Rede, noch die Parteien im Steuerausschuß des Reichstages einen Zweifel gelassen, der Angelpunkt der gesamten deutschen Politik. Und, was man kaum für möglich halten sollte, die Mehrheit der deutschen Volksvertreter ist heute bereit, den letzten Schutzwall der deutschen Wirtschaft und mit ihr der selbständigen Existenzfähigkeit des deutschen Volkes, den deutschen Privatbesitz, niederzulegen. Niederzulegen nicht so sehr auf das Diktat unserer Unterdrücker hin, als vielmehr aus parteipolitischen Motiven und törichter Verblendung des deutschen Volkes. Der Versailler Vertrag macht für die Reparationsforderungen des Verbandes nur das Vermögen des Reiches und der Länder haftbar, nicht aber das deutsche Privatvermögen, das vielmehr lediglich durch Besteuerung vom Reiche aus zu den Lasten herangezogen werden soll. Und selbst hier zieht der Vertrag in gewissem Sinne eine Grenze, als er der Reparationskommission nur das Recht gibt, darauf zu achten, daß die Besteuerung in Deutschland nicht geringer sein darf, als in einem der Ententeländer. Wie aber unsere Gegner die Steuerlasten beurteilen, die der deutsche Besitz bereits trägt, ersieht man aus dem bei uns leider anscheinend völlig vergessenen Gutachten, das vor einem Jahre bereits die Sachverständigen der Brüsseler Finanzkonferenz gefällt haben. Es heißt da, daß „die gegenwärtigen Tarife für direkte Steuern in Deutschland bis auf das Höchstmaß gesteigert zu sein scheinen". Das Gutachten fährt fort: „Vielleicht wird man sogar, wenn die Veranlagung wieder in Ordnung ist, zu der Feststellung kommen, daß im Interesse des fiskalischen Ergebnisses, das mit dem wirtschaftlichen

General Nollet in Erfurt.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Erfurt, 23. Nov. Heute fand eine Besichtigung der Deutschen Werke in Erfurt durch General Nollet statt. Der General war in Uniform und von zwei Offizieren begleitet. Er traf gegen 1 Uhr mit dem D-Zug von Berlin ein und wurde von dem Vorsitzenden der hier weilenden Unterkommission, Major Grant, empfangen und begab sich sofort im Automobil in das Werk. Nach einer kurzen Besprechung mit der Direktion, an der auch General Ingenohl aus Frankfurt a. M. teilnahm, erfolgte die Besichtigung der Werke, die etwa zwei Stunden dauerte. Besonders interessierte sich der General Nollet für die Abteilung Schreibmaschinen und meinte am Schlusse der Besichtigung in deutscher Sprache, daß auch der ganze Betrieb in dieser Weise umgestellt werden müsse. Die Waffenfabrikation müsse Frankreich für gefährlich ansehen, auch wenn nur Jagdwaffen angefertigt würden. (!) Die Gefahr einer Umstellung auf Militärwaffen bestehe. Der Betriebsrat versicherte, daß er nie die Fabrikation von Militärgewehren dulden werde. Darauf sagte der französische General: „Gewiß, Sie nicht, aber Ihre Kinder!".

Die Besichtigung in Hanau.

Frankfurt a. M., 23. Nov. Eine französische Militärkommission unter Führung des Generals Nollet weilte gestern im Werke Wolfgang bei Hanau. General Nollet besichtigte nicht nur eingehend die auf Friedensarbeit umgestellten Betriebe, sondern auch die auf dem Fabrikgelände vorgenommenen umfangreichen Zerstörungen. Zweck des Besuches war, das von der Werkdirektion schon früher vorgelegte Fabrikationsprogramm zu überprüfen. Der Betriebsvorsitzende und der Vertreter des Zentralbetriebsrats der Deutschen Werke benutzten die Gelegenheit, um eine Aussprache mit der französischen Kommission herbeizuführen. Nollet versicherte wiederholt, daß er das Seine tun werde, damit Arbeiterentlassungen für die Folgezeit nicht notwendig würden. (?)

Günstige Kreditaussichten der Regierung?

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.")

Berlin, 23. Nov. In seiner gestrigen Rede hatte der Reichskanzler Dr. Wirth darauf hingewiesen, daß die Regierung die Beschaffung eines Kredits durch Sondierungen bei Finanzleuten in England und Amerika zu fördern beabsichtige. Wie hierzu berichtet wird, haben die Verhandlungen des von der Regierung nach London entsandten Vertrauensmannes gute Fortschritte gemacht, so daß die Bemühungen der Regierung, aus eigenen Mitteln die Kreditaktion zustande zu bringen, von Erfolg gekrönt sein dürften. Das Angebot der deutschen Industrie hat daher zurzeit wenig Aussicht auf Annahme. Es bestehe zwar die Absicht, der Industrie eine Beteiligung an der Kreditaktion zu gestatten, jedoch sollen hiermit keinerlei Bedingungen der Industrie verknüpft werden.

*

Es muß dahingestellt bleiben, inwiefern sich diese Meldung auf tatsächliche Unterlagen stützt, und ob nicht wieder einmal der unverwüstliche Optimismus des Reichskanzlers die Hauptstütze dieser Information ist. Es erscheint bei der heutigen mißlichen Finanzlage des Reiches, dessen Werte jederzeit bei Nichtinnehaltung der Zahlungstermine dem Zugriff der Entente-Regierungen unterliegen, recht unwahrscheinlich, daß die Regierung von ausländischen privaten Finanzleuten einen so umfassenden Kredit erhält, daß er eine wirkliche Entlastung bedeutet, vor allen Dingen aber, daß ein langfristiger Kredit in Aussicht stehen soll, auf den die Regierung einzig und allein eingehen könnte. Man muß daher abwarten, ob das scharfe Hervorkehren des Nebeneinanderherarbeitens der Regierung und der Industrie in der Kreditfrage nicht vielmehr einen gewissen Druck auf die Industrie ausüben soll, ihre Forderungen auf Rentabilisierung der Eisenbahn wenn nicht ganz aufzugeben, so doch noch weiter zu ermäßigen. Sollte sich jedoch die Meldung bestätigen, daß die Regierung Aussicht auf einen großen langfristigen Auslandskredit hat, so kann ihm zweifellos nur das Versprechen der Erfassung der Goldwerte und damit die Verpfändung eines ungeheuerlichen Anteils des privaten deutschen Produktionskapitals zugrunde liegen.

SLUB
Wir führen Wissen.